

4. Mai 2011

Pressemitteilung - 100 Tage Ombudsmann PCB

Die ersten 100 Tage waren geprägt von vielen Kontakten, Gesprächen und vom Einlesen in die Problematik im Umgang mit dem Giftstoff PCB.

Dabei sind häufig die gleichen Fragen angesprochen worden, egal ob es sich um Mitarbeiter aus dem Hafengebiet, Bewohner der Nordstadt, Kleingärtner, interessierte Bürger, Ärzte der Nordstadt, Politiker oder Gewerkschaftsvertreter gehandelt hat.

Neben der Aufarbeitung des Envio-Skandals wurde immer wieder die strafrechtliche Verfolgung der Verursacher und die Ahndung möglicher Vergehen gefordert.

Die folgenden Fragen bzw. Forderungen wurden immer wieder an mich herangetragen:

- Wird die PCB-Vergiftung als Berufskrankheit anerkannt ?
- Wird PCB als Verursacher in das Krebsregister aufgenommen ?
- Wird eine Referenzgruppe eingerichtet ?
- Wie lange wird die medizinische und psychische Betreuung durchgeführt ?
- Was geschieht wenn Erkrankungen erst nach Jahren auftreten ?
- Haben Geschädigte einen Anspruch auf Entschädigung ?
- Ist die Todesursache des verstorbenen mit PCB belasteten Mitarbeiters bekannt ?
- Erhalt der Messstelle Hafenwiese und die Einrichtung als Dauermessstelle.
- Formulierung und Darstellung von Mess- und Prüfberichten in allgemein verständlicher Form.

- Frühzeitige Bekanntgabe aller Untersuchungsergebnisse.
- Schutz der Mitarbeiter, der Bewohner und der Kleingärtner bei der Sanierung des Envio Betriebsgeländes.

Zu diesen Fragen und Forderungen habe ich die Landesregierung, die Bezirksregierung Arnsberg und die Stadt Dortmund angeschrieben und um Stellungnahme bzw. Umsetzung gebeten.

Zu meinen Erfahrungen mit den regelmäßigen Sprechstunden im „Alten Hafenamts“ muss ich leider feststellen, dass die Nachfrage sehr gering geworden ist. Eine Feststellung, die auch im Rahmen der angebotenen Rechtsberatung durch das Land, der med. Betreuung und der Betreuung durch BGETEM immer wieder getroffen werden musste. Darum habe ich die Absicht, die regelmäßige feste Sprechstunde mit dem heutigen Tage aufzugeben. Stattdessen werde ich über Telefon und E-mail Einzelgespräche vereinbaren, die natürlich auch in der Wohnung der Betroffenen stattfinden können. Ich erwarte, dass ein solches Angebot mehr in Anspruch genommen wird.

Aus den Gesprächen mit den befassten Medizinern und der BGETEM weiß ich, dass ein viel zu großer Teil der Betroffenen nicht am Betreuungsprogramm teilnimmt. Dies ist selbstverständlich die Entscheidung jedes Einzelnen, die zu respektieren ist.

Dennoch bin ich der Auffassung, dass die Verantwortungsträger der öffentlichen Hand alles daran setzen sollten, durch die Einschaltung geeigneter Mitarbeiter die Betroffenen „vom Besseren zu überzeugen“. Nach meiner Ansicht ist nicht auszuschließen, dass manche der Belasteten nicht erkennen, mit welchem Risiko sie leben.

Darum sehe ich die Pflicht, alles daran zu setzen, diese Menschen für die Teilnahme zu gewinnen.